

beim Tarnen zwar im öffentlichen Raum aufgehalten, allerdings unter dem Schutz der Tarnung. Die Ausführungen der Jugendlichen zeigen, dass sie unter anderem darauf zurückgreifen, sich in der Öffentlichkeit vorwiegend mit Personen zu umgeben, die keine Rassismuserfahrungen machen, um sich dadurch vor Racial Profiling und Polizeigewalt zu schützen. Diese Strategie lässt sich als sehr wirkungsvoll einstufen und kann auch im Kontext von politischer Veränderung diskutiert werden, wenn diesbezüglich theoretische Konzepte der Hybridität herangezogen werden. Auch das Verstecken kann die Jugendlichen vor Racial Profiling und Polizeigewalt schützen, allerdings schränkt es sie zugleich stark ein, da ihr sozialräumlicher Radius dadurch verkleinert wird. Auch während polizeilicher Übergriffe handeln die Jugendlichen. Es zeigt sich, dass die jeweiligen Formen der Handlungsfähigkeit aber nur dann wirkungsvoll sind, wenn sie nicht aus dem Affekt entstehen, sondern die Jugendlichen sich im sprachlichen Feld der Polizei bewegen. Das heißt, dass sie während einer Festnahme nur erfolgreich handeln können, wenn sie sich im Gespräch auf polizeiliche und rechtliche Diskurse beziehen. Als besonders effektiv hat sich dabei das Androhen der Hinzuziehung eines Anwalts herausgestellt. Affektive Reaktionen wie Schreien, Weinen oder Beleidigen führen nicht zu weniger Gewalt, sondern können die polizeiliche Gewalt teilweise gar verstärken. Deutlich wurde aber insgesamt auch, inwiefern die Handlungsfähigkeit durch die Polizei begrenzt wird. Dass die Möglichkeit besteht, anwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, konnte im Anschluss an die Ausführungen eines Jugendlichen gezeigt werden. Dasselbe gilt für die Möglichkeit, die Polizei anzuzeigen, die eine Jugendliche gemeinsam mit ihrer Mutter ergreift. Mit den Ausführungen konnte sowohl aufgezeigt werden, inwiefern die Anzeige gescheitert ist, als auch, inwiefern die Darstellung der Polizeigewalt im Gericht keine Konsequenzen für die Täter nach sich zieht, weil Aussage gegen Aussage steht, die Definitionsmacht aber bei der Polizei liegt. Allen hier diskutierten Formen der Handlungsfähigkeit ist gemein, dass sie nur entstehen können, nachdem sich die Jugendlichen der Polizeigewalt unterworfen haben. Diese Unterwerfung geht teilweise mit starken Schmerzen für die Jugendlichen einher.

7.3 Kritik an der Polizei und Anregungen, wie sich das Verhältnis zu Jugendlichen verbessern lässt

Der dritte Schwerpunkt des fallvergleichenden Kapitels besteht aus Kritiken an der und Anregungen für die Polizei, mit denen sich veranschaulichen lässt, dass die Jugendlichen darüber nachdenken, wie die Polizeipraxis besser gestaltet werden könnte, was dann aus Sicht der Jugendlichen zu einem besseren Verhältnis zwischen den beiden Parteien führen könnte. Diese Überlegungen hängen größtenteils mit den oben beschriebenen Erfahrungen der Jugendlichen zusammen, wobei sich die Jugendlichen auch darüber hinaus Gedanken über die polizeiliche Arbeit machen. Die zahlreichen Kritikpunkte und Anregungen der Jugendlichen, die mehrheitlich in den biografisch-narrativen Einzelinterviews geäußert wurden, lassen sich in Anlehnung an Thons Konzept des »biographischen Eigensinns« (Thon 2016) als widerständige Praxen begreifen, die zu einer Veränderung von Diskursen bzw. zu einer politischen Veränderung führen können (vgl. ebd.). Teilweise sind die Kritiken der Jugendlichen direkt an die Polizei adressiert. Die Inter-

viewsituation kann also als Ort aufgefasst werden, von dem aus es möglich ist, Kritik an der Polizei zu äußern. Dieser Ort ist nicht selbstverständlich, da Jugendliche – vor allem solche mit Rassismuserfahrungen – aufgrund ihres erhöhten Kriminalisierungsrisikos und der damit einhergehenden Benachteiligungen wenig Beschwerdemacht und demnach auch kaum Möglichkeiten haben, Kritik an der Polizei zu äußern. Indem sie die Missstände im Interview und in den Gruppendiskussionen ansprechen, können die Jugendlichen auf einer diskursiven Ebene Handlungsfähigkeit erlangen (vgl. Thon 2016, 195f.). Die Erhebungsinstrumente können so als Sprachrohr (vgl. Riegel 2004, 157) verstanden werden, um ihre Erfahrungen zu artikulieren und sie einer breiteren Masse bekannt zu machen (vgl. Henning 2021, 306ff.).

7.3.1 Kritikpunkte: Intransparenz, unverhältnismäßige Gewalt und Respektlosigkeit

Die drei zentralen Kritikpunkte Intransparenz, unverhältnismäßige Gewalt und Respektlosigkeit hängen alle eng miteinander zusammen und rekurren direkt auf die oben ausgebreiteten Erfahrungen der Jugendlichen. So kann bspw. mit Husseins Darstellungen gezeigt werden, inwiefern die Intransparenz des polizeilichen Handelns mit Polizeigewalt, aber auch mit einer Respektlosigkeit gegenüber den Betroffenen einhergeht.

Hussein kritisiert nämlich nicht nur den gewalttätigen Umgang der Polizei mit den Jugendlichen, sondern bringt die Polizeigewalt in einen direkten Zusammenhang mit dem intransparenten Verhalten der Polizei. So gibt er zu verstehen, dass die Polizei weniger Gewalt anwenden müsste, würde sie ihr Verhalten transparenter machen. Als Beispiel führt er die Situation an, in der er von drei Zivilpolizisten zu Boden gebracht wird. Hussein gibt im Interview deutlich zu verstehen, dass die Polizisten nicht derart gewalttätig hätten handeln müssen, hätten sie sich ausgewiesen und deutlich gemacht, dass sie eine verdächtige Person suchen. Ähnlich argumentiert er im Hinblick auf die Razzien, bei denen er betroffen war. Auch hier hätte ein transparenteres Vorgehen der Polizei zu weniger Eskalation geführt. Dieser Vorschlag ist anschlussfähig an aktuelle kriminologische Debatten, in denen ebenfalls betont wird, dass ein transparenteres Vorgehen der Polizei in vielerlei Hinsicht Vorteile mit sich bringen würde, vor allem in Bezug auf den Aspekt der Deeskalation während der Einsätze, aber auch in Bezug auf das prinzipielle Vertrauen der Nichtpolizei in die Polizei (vgl. Aden, Fährmann, Bosch 2020, 4ff.).

Allgemein moniert Hussein, dass die Polizei Gewalt unverhältnismäßig einsetze, und fordert daher, dass sie Jugendliche weniger gewalttätig behandeln solle. Zudem spricht er sich für ein langsames Vorgehen der Polizei bei ihren Einsätzen aus. Dies verweist auf die oben beschriebene Plötzlichkeit der Übergriffe. Jugendliche wie Hussein werden in vielen Fällen plötzlich von der Polizei überwältigt, ohne darüber in Kenntnis gesetzt zu werden, warum dies der Fall ist. Die Forderung nach einem langsameren Vorgehen ist also zugleich auch die Forderung, dass Racial Profiling weniger plötzlich erfolgen soll. Beides hängt mit der problematisierten Intransparenz der Polizei zusammen. Hussein kritisiert ferner, dass sich die Polizei während der Übergriffe ihm und seiner Familie gegenüber respektlos verhält. Eine direkte Forderung leitet er aus dieser Kritik jedoch nicht ab. Diesbezüglich lässt sich allerdings der rekonstruierte Fall

von Niran heranziehen. Dieser artikuliert im Interview die Auffassung, dass der Polizei qua Amt die Aufgabe zukomme, in der Bevölkerung für Respekt zu sorgen; dies vor allem vor dem Hintergrund, dass es viele respektlose Menschen gäbe, denen die Polizei Respekt beibringen müsse. Wenn nun aber die Polizei – und dies attestiert auch Niran ihr – selbst respektlos ist, dann komme sie ihrer Aufgabe nicht angemessen nach. Niran äußert diesbezüglich, dass die Polizei respektvoll sein müsse. Als kontrastierendes Beispiel zieht er die Feuerwehr heran und erklärt, dass diese immer respektvoll mit Menschen umgehe, was er am Fall eines Brandes in einer Moschee illustriert, bei dem die Einsatzkräfte vor dem Betreten der Moschee erst die Schuhe ausgezogen hatten, bevor sie den Brand löschten.

Insgesamt zeigen die Ausführungen der Jugendlichen, inwiefern Respektlosigkeit, Intransparenz und Polizeigewalt in ihren Deutungen miteinander zusammenhängen und inwiefern die Betroffenen diese Punkte kritisieren. Die Aspekte Respekt, Transparenz und Gewaltfreiheit sind auch für den folgenden Abschnitt relevant, allerdings erfolgt dort eine eher abstrakte Diskussion darüber, inwiefern die Polizeiarbeit menschlicher oder weniger menschlicher gestaltet werden könnte.

7.3.2 Zwei Sichtweisen: Die Polizei als Roboter versus die empathische Polizei

Niran thematisiert im Interview neben dem fehlenden Respekt auch noch den Umstand, dass die Polizei in manchen Fällen nicht deeskalierend handelt, sondern selbst zur Eskalation beiträgt. Für Niran liegt allerdings klar auf der Hand, dass die Polizei in ihrer Funktion deeskalieren muss, anstatt selbst zu eskalieren. Bei der Formulierung seines Vorschlags, wie diesem Umstand begegnet werden könnte, nutzt Niran das Bild eines programmierbaren Roboters: Ein Roboter mache nicht dieselben menschlichen Fehler wie Polizist*innen und würde deshalb fehlerfreier funktionieren. Obwohl Niran Verständnis für die menschlichen Fehler der Polizei hat, stellt er sich vor, wie es wäre, wenn die Polizei ebendiese Fehler nicht begehen würde. Nirans Ausführungen können einerseits als Kritik an der Ausbildung und an den Fehlern der Polizist*innen gelesen werden, andererseits sind sie aber auch anschlussfähig an gesellschaftspolitische Forderungen nach einer stärkeren Kontrolle der Polizei von außen (vgl. bspw. Akbar 2022, 348ff.; Behrens, Steinke 2007; Henning 2021, 326f.; Loick 2016). Sich die Polizei als Roboter vorzustellen, impliziert nämlich, über diese Maschine verfügen zu können, sie also so zu programmieren, wie es von der sie benutzenden Person gewünscht ist, sie zu überprüfen, zu warten und sie im Zweifel auch ausschalten zu können. Bei Manoush lässt sich in der Fallrekonstruktion im Gegenzug zu Nirans Ausführungen auch der Wunsch herauslesen, die Polizei möge menschlicher bzw. empathischer agieren. Manoush recurriert dabei auf die Situation, in der sie von der Polizei nach Hause gebracht wird und infolgedessen häuslicher Gewalt durch ihren Bruder ausgesetzt ist. Wie die Polizei in dieser Situation gehandelt hat, wird von Manoush als empathielos empfunden. Sie erklärt, dass die häusliche Gewalt hätte verhindert werden können, hätten die Polizist*innen ihre Hinweise beachtet. Manoushs Kritik an der Empathielosigkeit lässt sich an Debatten anschließen, in denen bspw. ein Ausbau von sozialen Kompetenzen bei der Polizei vorgeschlagen wird (vgl. Turba 2018, 4; Behr 2019, 42).

Im Vergleich mit Nirans Vorschlag stellt Manoushs Wunsch einen Gegenentwurf dar. So wünscht sie sich mehr menschliches Einfühlungsvermögen, während Niran die menschlichen Fehler der Polizei problematisiert. Beide Ansätze könnten auch im Kontext der oben angeführten Kritik an der Respektlosigkeit herangezogen werden. So ließe sich durchaus vorstellen, dass ein Roboter qua Programmierung respektvoll mit allen umgeht,⁵ während ein empathischer Mensch womöglich respektvoller mit seinen Mitmenschen umgeht als ein weniger empathischer Mensch. Insgesamt zeigen beide Vorschläge bzw. Wünsche, dass Niran wie auch Manoush sich Gedanken darüber machen, wie die Polizeiarbeit methodisch verbessert werden könnte. Dies könnte tendenziell zu einer Reduzierung der in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Polizeigewalt führen, könnte darüber hinausgehend aber auch insgesamt das Verhältnis zur Polizei verbessern. Im folgenden Kapitel wird ein neuer Aspekt beleuchtet, der an die hier beschriebene Menschlichkeit anschließt, allerdings praktischer und konkreter ist als die eben dargestellten abstrakten bzw. vagen Vorstellungen.

7.3.3 Die Polizei als pädagogische Institution

Im Datenmaterial finden sich einige Anhaltspunkte dafür, dass sich die Jugendlichen eine stärker ausgeprägte pädagogische Kompetenz der Polizei wünschen. Diesbezüglich lässt sich bspw. Nirans oben diskutierte Vorstellung verstehen, dass die Polizei respektlosen Menschen Respekt beibringen müsse. Für ihn hat die Polizei also nicht nur für Recht und Ordnung zu sorgen, sondern ist auch eine pädagogisch handelnde Institution. Nirans Vorschlag ist dabei anschlussfähig an Debatten in der Polizeiforschung, die sich unter dem Schlagwort »Pädagogisierung der Polizei« (Behr 2006, 121; im Original mit Hervorhebung) zusammenfassen lassen. Interessanterweise spricht Niran von »Menschen« (Niran 204) und nicht dezidiert von Jugendlichen. Angesichts dessen kann davon ausgegangen werden, dass sich Niran die pädagogischere Ausgestaltung der Polizeiarbeit nicht nur bei Jugendlichen, sondern bei allen Menschen wünschen würde.

Mit dem Fall von Manoush kann ein solcher Wunsch bzw. eine solche Vorstellung noch genauer beschrieben werden. So erachtet sie es im Anschluss an ihre Erfahrungen für notwendig, dass die Polizei im Anschluss an Verhaftungen Jugendlicher mit diesen redet und die Tat mit ihnen reflektiert. Da sie als Jugendliche in der Situation komplett überfordert war, hätte ihr ein solches Gespräch ihres Erachtens geholfen, die Tat und die Strafe besser zu verstehen. Darüber hinaus betont sie in Bezug auf die Notwendigkeit des pädagogischen Gesprächs auch die Erfahrungen, die sie in ihrer Berufsausbildung zur Erzieherin macht. So lernt sie darin, wie wichtig ein pädagogisches Gespräch für Kinder und Jugendliche sein kann, um über Verhaltensweisen zu reflektieren und ein größeres Verständnis für bspw. begangene Straftaten zu bekommen. In Bezug auf das Nachhausebringen durch die Polizei formuliert Manoush den Vorschlag, dass Jugendliche von der Polizei nicht sofort nach Hause, sondern zunächst in ein »Beratungshaus«

5 Sprachcomputer, wie sie bspw. bei Smartphones eingesetzt werden, demonstrieren dies auf überzeugende Weise. So wahren sie die Contenance, wenn sie von den Benutzenden beleidigt werden oder Ähnliches.

(Manoush 508) gebracht werden sollten. In dieser Einrichtung, die sowohl eine pädagogische als auch eine polizeiliche sein könnte, würde die Tat mit den Jugendlichen pädagogisch reflektiert werden. Das Beratungshaus dient somit nicht nur dazu, den pädagogischen Anspruch zu erfüllen, sondern verhindert womöglich auch häusliche Gewalt infolge eines Polizeieinsatzes – zumindest ist sich Manoush sicher, dass sie die Gewalt nicht erlebt hätte, wäre sie von der Polizei nicht nach Hause gebracht worden, sondern bspw. an einen anderen Ort. Manoushs Vorschlag weist – sofern man ihn von der Vorstellung des Beratungshauses löst – eine große Nähe zu aktuellen Diskursen auf, in denen eine bessere Kooperation von Polizei und Einrichtungen des Kinderschutzes sowie eine pädagogischere Ausgestaltung der Polizei gefordert wird (vgl. Turba 2018, 174ff.). Ferner weist der Vorschlag – sofern man ihn nicht von der Vorstellung des Hauses löst – auch Bezüge zu älteren Diskursen um sogenannte *Jugendrechtshäuser* auf (vgl. etwa Lüth 2010; Merkel 2010).

Sowohl Manoushs als auch Nirans Ausführungen zeigen, dass eine ausgeprägtere pädagogische Kompetenz der Polizei wünschenswert wäre. Während der Wunsch bei Niran eher vage bleibt, wird er bei Manoush konkreter und vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen und der eigenen beruflichen Fachkenntnisse kontextualisiert.

Während die letzten Aspekte vor allem methodische Veränderungen thematisierten, lassen sich in den Ausführungen der Jugendlichen auch weiterführende Überlegungen finden, die weniger auf eine Verbesserung der konkreten Interaktion zwischen Polizei und Nichtpolizei, sondern eher auf die Veränderung der Organisation und der Taktik der Polizei abzielen.

7.3.4 Kritik an polizeilicher Organisation und Taktik

Wie in der Fallrekonstruktion deutlich wurde, spricht Niran im Interview einen Aspekt an, der auf eine Veränderung der polizeilichen Organisation bzw. Personalentwicklung abzielt. Niran denkt dabei vor allem darüber nach, wie eine Annäherung von Polizei und Nichtpolizei erfolgen könnte, um auf beiden Seiten Vorurteile abzubauen. So schlägt er einerseits vor, dass der Polizeipräsident in sein Viertel kommen sollte, um sich ein Bild davon zu machen, wie die Leute vor Ort leben, andererseits sollten Workshops für die Bewohner*innen durchgeführt werden, damit diese ihre Vorurteile gegenüber der Polizei abbauen können. Dadurch würde ein gegenseitiges Verständnis füreinander möglich. Betrachtet man hier lediglich die Seite der Polizei, also den Abbau von Vorurteilen bei Polizist*innen, dann ist Nirans Vorschlag anschlussfähig an aktuelle kriminologische Debatten (vgl. Akbar 2022, 351ff.; Henning 2021, 321ff.; Vitale 2022, 209ff.). Im US-amerikanischen Kontext ist dieser Reformvorschlag bekannt als »Community Policing« (Akbar 2022, 351), einer »polizeiliche[n] Strategie [...], die vor allem auf die Verbesserung der Beziehung zwischen Polizei und *communities* abzielt« (ebd., 349). Während Amna A. Akbar (ebd.) aus abolitionistischer Perspektive (siehe Kapitel 9.1) für den US-amerikanischen Kontext konstatiert, dass *community policing* zwar eine beliebte Forderung sei, das Problem aber tendenziell eher verschlimmere (vgl. Akbar 2022, 351),⁶ spricht sich Rafael Behr

6 »Anstatt sich direkt mit dem Problem der Polizeigewalt, der Entfremdung und der wirtschaftlichen Ungleichheit auseinanderzusetzen, investierte der Staat in *Community Policing*, um die Kon-

aus reformistischer Sicht für den deutschen Kontext dafür aus, dass sich Polizist*innen und die Nichtpolizei einander annähern sollten. So schreibt er, dass angehende Polizeibeamt*innen in ihrer Ausbildung auch Erfahrungen im nichtpolizeilichen Sozialbereich machen sollten, um zu sehen, dass Personen mit Ausgrenzungserfahrungen nicht nur »Probleme machen« (Behr 2019, 42), sondern auch »Probleme haben« (ebd.). Dadurch würde laut Behr ein größeres Verständnis für die Klientel der Polizei entstehen (vgl. ebd.).

Betrachtet man nun die Seite der Nichtpolizei, so würde das von Niran vorgeschlagene Austauschprogramm aus seiner Sicht den Effekt nach sich ziehen, dass sich insgesamt mehr Menschen bei der Polizei bewerben würden, was auch damit einherginge, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte sich für die Polizeiarbeit interessieren würden. Dieser Aspekt zielt auf die Diversifizierung der Organisation Polizei ab, von der Niran ausgeht, sie könnte zu einem Abbau von Racial Profiling führen (siehe Kapitel 9.1). Beide Überlegungen Nirans entstehen vor dem Hintergrund des Ansinnens, Vorurteile zwischen Polizei und Nichtpolizei abzubauen und einen Austausch zu organisieren, um dadurch den Alltag und die polizeiliche Interaktion – für beide Seiten – zu verbessern. Insgesamt lassen sich die Überlegungen als organisatorische Veränderungsanregungen verstehen, die aus der Sicht eines von Racial Profiling und Polizeigewalt Betroffenen geäußert werden. Ein etwas anders gelagerter Vorschlag kann mit dem Fall von Hussein dargestellt werden. Hussein artikuliert keine praktischen Vorschläge zur Veränderung der Organisation, sondern er kritisiert die generelle Taktik der Polizei und diskutiert auf der Grundlage dieser Kritik, wie sie verändert werden könnte. Hussein erarbeitet diese Kritik vor dem Hintergrund seines Wissens über organisierte Kriminalität. So erklärt er, dass die Polizei nicht die Taktik verfolge, die Führungsriege, also das einflussreiche Machtzentrum der Kriminalität, zu bekämpfen, sondern nur darauf aus sei, kleinere Handlanger zu bestrafen. Husseins Schlussfolgerung ist nun, dass die Führungsriege der organisierten Kriminalität durch die polizeiliche Konzentration auf die Verfolgung und Bestrafung der kleineren Handlanger einen Vorsprung bekommt und somit noch mächtiger werden kann. Diesbezüglich schlägt Hussein vor, dass die Polizei lieber versuchen soll, das Zentrum der kriminellen Macht zu zerschlagen. Dieser Vorschlag ist anschlussfähig an Diskurse, in denen der sogenannte *War on Drugs* problematisiert wird (vgl. weiterführend Vitale 2022, 250f.). Neben vielen anderen Gesichtspunkten (bspw. gesundheitliche Aspekte, Herstellung von Drogen) ist ein grundlegendes Argument dieser kritischen Diskurse, dass es volkswirtschaftlich keinen Sinn ergibt, Konsument*innen und auch Kleindealer*innen zu kriminalisieren (vgl. ebd.). Meistens geht diese Kritik mit einer Forderung nach Entkriminalisierung bzw. Legalisierung der Drogen einher (vgl. Deutschlandfunk Kultur 2021). In Husseins Argumentation geht es aber nicht primär um einen Vorschlag, wie sich die Drogenpolitik umgestalten ließe, sondern darum,

trolle zurückzugewinnen [...]. Tatsächlich begann *Community Policing* als Reform und wird heute als zentral für das Wachstum des Polizierens und dessen Gewalt angesehen« (Akbar 2022, 351). Alex S. Vitale schreibt mit Blick auf das *Community Policing* im US-amerikanischen Kontext, dass die »Vorstellung [...] eines:r Polizeibeamt:in aus der Nachbarschaft, der:die die Gemeinschaft kennt und respektiert« (Vitale 2022, 209), vor dem historischen Hintergrund der Polizei ein Mythos sei (vgl. ebd.).

wie die generelle Taktik der Polizei verändert werden könnte. Dieser gesellschaftskritische Blick entsteht nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner eigenen Rassismuserfahrungen. Auch er gehört zu den Personen, die von der Polizei kontrolliert werden, wenn sie auf der Straße nach kleinen Handlangern sucht. Im Anschluss an Husseins Argumente kann gesagt werden, dass es zu einem Abbau von Racial Profiling führen könnte, würde die Polizei bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität den Schwerpunkt ihrer Arbeit weniger auf alltägliche Polizeikontrollen, sondern mehr auf die Verfolgung der Drahtzieher*innen legen.

Sowohl Nirans als auch Husseins Darlegungen können als diskursive Anregungen verstanden werden, inwiefern die Polizeiarbeit verbessert werden könnte. Diese reichen von eher praktischen Vorschlägen, wie bspw. dem Austauschprogramm im Stadtteil, mit dem gegenseitige Vorurteile abgebaut werden können, über Diversifizierungsstrategien bis hin zu einer grundlegenden Hinterfragung der polizeilichen Taktik. Alle Anregungen zielen auf eine Reduktion von Racial Profiling und Polizeigewalt ab. Die Darstellungen zeigen, dass sich Jugendliche grundlegende und differenzierte Gedanken über die Verbesserung der Polizeiarbeit machen, die über rein praktische Vorschläge hinausgehen und gesellschaftskritisch fundiert sind.

7.3.5 Zwischenresümee: Kritik an der Polizei

In diesem Kapitel wurden die Kritikpunkte an der und die Anregungen für die Polizei diskutiert, die die Jugendlichen sowohl vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen als auch darüber hinaus artikulieren. Als übergeordnetes Ziel dieser Argumente lässt sich die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Polizei und Jugendlichen im Kontext von Racial Profiling und Polizeigewalt formulieren. Im Mittelpunkt der Kritik steht die Intransparenz der Polizei, ihre unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt sowie ihre Respektlosigkeit. Diese drei Punkte hängen eng miteinander zusammen. So ist im Anschluss an die Ausführungen der Jugendlichen davon auszugehen, dass es bspw. durch ein transparenteres Handeln der Polizei möglich wäre, die Gewalt zu verringern. Anschaulich wurde dies vor allem durch die von den Jugendlichen geschilderten Situationen, in denen sie plötzlich und ohne für sie ersichtlichen Grund von der Polizei überwältigt werden. Die Argumentation der Jugendlichen ist nun, dass die Polizei jeweils auf die Überwältigung hätte verzichten können, hätte sie im Vorfeld verdeutlicht, warum sie die Jugendlichen kontrollieren will. Dieser Komplex aus Intransparenz und Gewalt geht auch mit der vielfach kritisierten Respektlosigkeit einher. Die Jugendlichen machen sich viele grundlegende Gedanken über die Polizei und führen verschiedenste Gedankenexperimente durch, um sich eine bessere Polizei vorzustellen. So wurde bspw. aus der Sicht der Jugendlichen dargestellt, dass die Polizei zu viele menschliche Fehler macht und sich nicht mehr an das hält, was in der Ausbildung gelehrt wird. Vor diesem Hintergrund wurde das Bild des Roboters herangezogen, um damit zu verdeutlichen, wie eine perfekte Polizei aussehen könnte. Wäre die Polizei ähnlich wie ein Roboter eine programmierbare Maschine, würde sie keine menschlichen Fehler mehr machen. Als Gegenrede zu dieser Vorstellung kann die Forderung nach einer menschlicheren bzw. empathischeren Polizei betrachtet werden. Hier werden die positive menschliche Charaktereigenschaften hervorgehoben. Dazu gehört, dass sich empathische Menschen in komple-

xe zwischenmenschliche Sachverhalte einfühlen können, ein Aspekt, der vor allem im Verhältnis zwischen Polizei und Jugendlichen eine große Rolle spielt. Neben einer vagen Vorstellung davon, dass die Polizei grundlegend einen pädagogischen Auftrag erfüllen sollte, wurden auch sehr konkrete Überlegungen artikuliert, wie diese Pädagogisierung ablaufen könnte. Eine bessere pädagogische Schulung der Polizei könnte Fälle von Polizeigewalt verhindern, könnte aber auch ganz grundlegend zu einer besseren Reflexionsfähigkeit straffällig gewordener Jugendlicher führen. Auch wurde vorgeschlagen, die gängige Praxis des Nachhausebringens durch die Polizei durch eine zwischen Polizei und Jugendlichen vermittelnde pädagogische Einrichtung zu umgehen. Hier steht vor allem die Verhinderung von häuslicher Gewalt infolge von Polizeieinsätzen im Vordergrund, in einer solchen Einrichtung könnte aber ebenfalls die Reflexionsfähigkeit der Jugendlichen geschult werden.

Neben diesen pragmatischen Ansätzen lassen sich mit den Ausführungen der Jugendlichen auch weiterführende Kritiken und Anregungen beschreiben, die auf die Veränderung der polizeilichen Organisation und Taktik abzielen. So wurde vorgeschlagen, dass in den Stadtteilen, in denen die Jugendlichen leben, Workshops stattfinden sollen, bei denen Vorurteile bei der und gegenüber der Polizei abgebaut werden. Dies könnte auch dazu führen, dass sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Polizei bewerben, was wiederum zu einer Diversifizierung der Polizei führen könnte. Neben dieser organisationalen Anregung wurde auch noch eine Kritik an der polizeilichen Taktik geäußert, aus der eine taktische Anregung resultierte. In dieser Kritik wird vor allem der Umstand problematisiert, dass die Polizei sich zu sehr darauf konzentriert, kleinere Kriminelle zu verfolgen, anstatt systematisch die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Die diesbezügliche These ist, dass es zu einer Verringerung von Racial Profiling führen könnte, würde die Polizei ihre Taktik verändern.

Die gesamten Kritikpunkte und Anregungen der Jugendlichen zeigen, dass sie sich eingehend mit der Polizei, deren Arbeit und dem Verhältnis zwischen ihr und ihnen beschäftigen. Die Gedanken reichen von pragmatischen bis hin zu abstrakten Überlegungen. Allen Ausführungen ist gemein, dass sie als politisch zu verstehen sind und auch für eine politische Debatte fruchtbar gemacht werden können, worauf ich weiter unten im politischen Ausblick zurückkommen werde.